



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion

Hier: Energiekostenzuschuss an die Freie Wohlfahrtspflege

Beratungsfolge:

20.09.2022 Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie sieht die soziale Infrastruktur in Hagen durch die explodierenden Energiepreise stark belastet. Für eine gewisse Entlastung könnte hier ein Sonderzuschuss der Stadt für die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sorgen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt zu prüfen, ob und wie finanzielle Ausgleichszahlungen innerhalb des Doppelhaushaltes für das Jahr 2022 und 2023 geleistet werden können.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

An die Vorsitzende
des Ausschusses Soziales, Integration und Demografie
Frau Anja Engelhardt
im Hause

Hagen, 07.09.2022

Energiekostenzuschuss an die Freie Wohlfahrtspflege

Sehr geehrte Frau Engelhardt,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die Sitzung des Ausschusses Soziales, Integration u. Demografie, gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 20.09.2022.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie sieht die soziale Infrastruktur in Hagen durch die explodierenden Energiepreise stark belastet. Für eine gewisse Entlastung könnte hier ein Sonderzuschuss der Stadt für die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sorgen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt zu prüfen, ob und wie finanzielle Ausgleichszahlungen innerhalb des Doppelhaushaltes für das Jahr 2022 und 2023 geleistet werden können.

Begründung:

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, DRK und Der Paritätische) und deren Mitgliedsverbände bieten in unserer Stadt wichtige soziale Dienstleistungen für verschiedene Zielgruppen an, u.a. Begegnungsstätten für Senioren, verschiedene Beratungsstellen (Schuldner-, Frauen-, Sucht- und Wohnungslosenberatung etc.).

Die bestehenden Verträge mit den Trägern der Freien Wohlfahrtsverbände beinhalten nur eine geringe, in einigen Fällen sogar keine jährliche Dynamisierung der Zuschüsse, sodass selbst Lohnkostensteigerungen nur teilweise aufgefangen werden. Die rasant gestiegenen Energiekosten (Strom, Gas und auch Benzin) in diesem Jahr und die noch erwarteten Preissteigerungen im nächsten Jahr stellen die Träger vor große Herausforderungen bis hin zu existenziellen Ängsten. Auch die Wohlfahrtsverbände setzen die Maßnahmen zur Energie- und Kosteneinsparung um, diese fangen die Mehrkosten aber nicht auf.

Deshalb halten wir die Anpassung der Budgetvereinbarungen oder Auszahlungen von Energiezuschüssen in Höhe von mindestens der Inflationsrate für die Jahre 2022 und 2023 zur Sicherung der sozialen Angebote in Hagen für sinnvoll und notwendig.

Freundliche Grüße



Jörg Meier
SPD-Ratsfraktion

